

Berlin, Freitag,  
Die Zeitung erscheint in der Woche  
zweimal.

**Bezugs-Preis:**  
Bierteljährlich  
für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Botenlohn,  
für ganz Deutschland 9 Mt.  
Deutsches Reich 13 Mt. 82 Pf., Ausland  
4 Mt. 55 Pf., Holand 7 Mt. 50 Gld.  
für Frankreich, Belgien, England,  
Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-  
Gebund 20 Mt. für das Vierteljahr.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen  
bei allen  
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

**Als besondere Beilagen erscheinen:**  
Verdingungs-Anzeiger.  
Hotels- und Bäder-Anzeiger.  
Vollständige Diebstahl-Listen der  
Preussischen Klassen-Lotterie.  
Allgemeine Fertigungstabellen  
mit Preisen-Listen  
und viele andere wichtige tabellarische  
Uebersichten.

**Insertions-Gebühr:**  
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.  
Reklameteil 1 Mt.

Telegramm-Adresse:  
**Börsenfrone.**

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.  
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher:  
**Ant I, Nr. 243.**

**Für die Monate November und  
Dezember eröffnen wir ein besonderes  
Abonnement.** Auswärts und in Berlin  
werden die Bestellungen zum Preise von  
6 Mark bei allen Post-Anstalten, in Berlin  
zum Preise von 5 Mark — inklusive Boten-  
lohn — bei sämtlichen Zeitungs-  
Spediteuren sowie in unserer Expedition,  
Kronenstraße 37, entgegengenommen.

## Vom Tage.

Bei Beratung von Eisenbahnpetitionen in der  
sächsischen Zweiten Kammer legte Finanzminister  
v. Müller die Finanzlage der sächsischen  
Staatsbahn eingehend dar.

Der deutsche Votschaffer v. Tschirch wurde  
gestern in Budapest von Kaiser Franz Josef in  
Sonderaudienz empfangen und konfertierte sodann mit  
Fürstn. v. Khevenhül.

Ein deutsch-englisches Abkommen, durch  
welches gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der  
Schlafkrankheit in den ostafrikanischen Besitzungen  
getroffen werden, ist unterzeichnet worden.

Die gestrige Generalversammlung der Oester-  
reichischen Staatsbahn-Gesellschaft nahm das  
Verstaatlichungsabkommen einstimmig an.

## Deutschland und der südafrikanische Krieg.

Der Kaiser hat entschieden Unglück in der Wahl  
seiner Vertrauten, namentlich soweit sie aus englischen  
Reihen stammen. Kaum sind die unangenehmen  
Folgen der Insubordination Lord Tweedmouths not-  
dürftig überwunden, machen neue „Enttäuschungen“ un-  
liebames Aufsehen. Deren Urheber soll Lord  
Beardale sein und zugleich wird behauptet, daß er  
sich, ehe er seine Unterredung mit dem Kaiser ver-  
öffentlichte, in Berlin noch vergewisserte, ob dies dort  
auch genehm sei. Ist dem so, dann hat man sich hier  
gründlich in bezug auf die Wirkung getäuscht. Die Auf-  
nahme durch die englische Presse kann man nicht  
gerade wohlwollend nennen. Die beständige Ver-  
rührung mit orientalischen Völkern hat auf  
England entschieden abgefärbt. Der englische Real-  
politiker in der bewegten Bedeutung des Wortes  
hat kein Verständnis für eine Politik der Aufrichtig-  
keit und Mitterlichkeit, hinter der er nur Schwäche  
und Mangel an Zielbewußtsein sucht; Achtung kann  
ihm nur eine durch eine starke militärische Macht  
unterstützte rücksichtslose Vertretung seiner Eigen-  
interessen abnötigen, und nur diese Achtung kann  
eine Art von Vertrauen hervorbringen. Daß der Hin-  
weis auf übrigens längst bekannte Tatsachen in  
Paris und Petersburg peinlich berühren würde, war  
voranzuzusehen.

Bovagendere Mitteilungen über den Verlauf der  
in der veröffentlichten Unterredung berührten Ereignisse  
hat schon im September die „Deutsche Revue“ von  
einem „Wissenden“ zur Kenntnis gegeben, in Er-  
widerung auf eine tendenziös entstellte Darstellung  
in der „National Review“.

Als der Krieg am 11. Oktober 1899 in Süd-Afrika  
ausbrach, stand Frankreich noch unter dem Eindruck  
der im Jahre vorher in Tschoda erlittenen Nieder-

lage. Man glaubte die Zeit für eine Nebenhand ge-  
kommen und Delcassé trat sofort in Verhandlungen  
mit dem damals gerade in Paris weilenden russischen  
Minister des Auswärtigen Murawiew. Dieser reiste  
dann nach Berlin, um dem Zaren bei dessen Besuch  
in Potsdam am 8. November beiseite zu stehen.  
In den dort gepflogenen Unterredungen sollen, wie  
der „Wissende“ berichtet, weder von der einen, noch  
der andern Seite Eröffnungen wegen eines mög-  
lichen Eingreifens in den Krieg gemacht  
worden sein, und Marcel Gutin, ein Vertrauens-  
mann Delcassés, glaubte im „Echo de Paris“ auf  
Grund seiner Informationen erklären zu können,  
daß, wenn eine Intervention Europas eintrete, und  
sie werde nicht zu vermeiden sein, sie nicht von  
Deutschland, sondern von Rußland kommen werde.  
Das sei das Resultat der Unterhaltungen zwischen  
Herrn v. Murawiew und Herrn Delcassé gewesen.

Als bekannt wurde, daß der Kaiser eine Reise nach  
England antreten wolle, erregte das unverfennbare Miß-  
stimmung in der russischen Presse. „Nowoje Wremja“,  
„Moffija“ und „Wirschewija Wiedomosti“ betonten die  
Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der sei-  
tsländischen Mächte gegen England, aber die „Now. Wr.“  
wies schon einige Tage später darauf hin, daß man  
in England auf eine ihm fremdliche Haltung Deutsch-  
lands rechne. Das konnte man in London allerdings,  
denn der Staatssekretär Graf Witlow hatte bei Aus-  
bruch des Krieges dem damaligen Votschaffer in  
Berlin Sir Frank Lascelles erklärt, so lange Deutsch-  
land auf Achtung seiner Rechte und Berücksichtigung  
seiner Interessen rechnen könnte, werde die deutsche  
Regierung während der Dauer der Feindseligkeiten  
bei keiner Kombination mitwirken und keiner Grup-  
pierung sich anschließen, die der britischen Re-  
gierung Verlegenheiten bereiten könnte. In der  
„Deutschen Revue“ heißt es dann weiter: „Wir  
müßten vermuten, daß auch der Briefwechsel  
des Kaisers aus jener Zeit mit seiner Großmutter,  
der Königin Viktoria, und mit dem damaligen Prinzen  
von Wales wertvolle Aufschlüsse über die freundliche  
Haltung der deutschen Politik geben könnte. Un-  
zweifelhaft sind sich die englischen Staatsmänner  
durchaus der Tatsache bewußt gewesen, daß alle  
Interventionsgehüfte bestimmt waren, an der strengen  
Zurückhaltung Deutschlands zu scheitern. Es liegen  
darüber bestimmte Äußerungen Lord Salisbury's  
vor. Der Besuch des Kaiserpaars in England vom  
20. bis 28. November zeigte dann aller Welt, daß  
es nicht gelingen würde, Deutschland zu feindseligen  
Schritten gegen Großbritannien zu verleiten.“

Trotzdem gab man in Petersburg und Paris die  
Hoffnung nicht auf, Deutschland zu einer gemein-  
samen Aktion zu bewegen. Wir folgen bei Schilder-  
ung der weiteren Vorgänge der Veröffentlichung in  
der „Deutschen Revue“: „Die Situation war für die  
deutsche Diplomatie nicht leicht. Daß die Beteiligung  
an der Aktion ausgeschlossen war, darüber war man  
nicht im Zweifel. Es handelte sich nur um die  
Form, in der die Diskussion der Frage abzuweiden  
war. Und da bot sich ein Weg, der bei der bekann-  
ten Stellung der französischen Staatsmänner zu den Ergeb-  
nissen des deutsch-französischen Krieges ohne weiteres  
zum Ziele führen mußte. Ohne zu dem russischen  
oder russisch-französischen Vorschlag Stellung zu  
nehmen, warf man die Vorfrage auf, ob Rußland  
und Frankreich zu einer Annäherung bereit sein  
würden, durch welche die drei Mächte sich für eine  
längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitz-  
stand gegenseitig garantierten. . . Die Wirkung war  
die erwartete. Als die deutsche Antwort in Peters-  
burg in den ersten Märztagen mitgeteilt wurde,  
erkannte man sofort ihre Bedeutung. Graf  
Murawiew erklärte diese Antwort für nichts  
anderes als eine indirekte Ablehnung und  
tat die drastische Äußerung: Kein Ministerium  
in Frankreich würde vierundzwanzig Stunden am  
Ruder bleiben können, wenn es den deutschen

Wünschen bezüglich der Garantie entgegenkommen  
wollte. Damit war gesagt, was zu sagen war. Die  
Sache war negativ entschieden, ohne daß Deutschland  
erst materiel zu ihr Stellung zu nehmen brauchte.  
Die Wichtigkeit der deutschen Haltung ergab sich sehr  
schnell. Am 10. März hatten sich die Burenstaaten  
mit der Bitte um Vermittlung an eine Reihe von  
Mächten, auch an Deutschland, gewandt. Die deutsche  
Antwort war dem Sinne nach ablehnend. Gleichzeitig  
hatten sie versucht, direkt in London Verhandlungen  
anzubahnen, und am 11. März die Antwort er-  
halten, daß die englische Regierung nicht bereit sei,  
die Unabhängigkeit, sei es Transvaals, sei es des  
Oranje-Freistaates zuzugeben. An diesem Anschlusse  
Englands wäre jeder Vermittlungsversuch abgeprallt,  
es sei denn, daß man ihn mit Wassengewalt hätte  
durchsetzen wollen. Und dazu war weder Graf  
Murawiew noch Herr Delcassé bereit und in der  
Lage. Am 20. März zog dann Graf Murawiew seinen  
Vorschlag formell zurück. . . Etwa um dieselbe Zeit  
äußerte der Prinz von Wales, der jetzige König von  
Großbritannien, zu Mitgliedern des englischen Par-  
laments, England dürfe nicht vergessen, daß es  
sowohl dem kürzlichen Besuche des Kaisers in Eng-  
land, als auch der Haltung der deutschen Regierung  
im allgemeinen zu verdanken sei, wenn keine In-  
tervention seitens der Feinde Englands stattgefunden  
habe.

In den tatsächlichen Angaben deckt sich die Schilder-  
ung des „Wissenden“ in der „Deutschen Revue“ mit  
den „Entschlüssen“ des „Daily Telegraph“. Deutsch-  
land hat 1900 nicht nur keinen Versuch gemacht, die  
Schwierigkeiten Englands für eigene Interessen aus-  
zubeuten, es hat auch sein Möglichstes getan, um die  
Bildung einer gegen England gerichteten Koalition zu  
verhindern. Der Dank war die unfreundliche Hal-  
tung Englands während des Aufstandes in Südwest-  
Afrika.

In deutschen Volke, und zwar nicht nur in dessen  
„unteren und mittleren“ Schichten ist die Erinnerung  
an manche „Unfreundlichkeiten“ der englischen Politik  
noch geblieben. In allen nächsten urteilenden Kreisen,  
und das ist die große Mehrheit, will man von den  
haubdtintlichen Treibern einiger Reichsarme nichts  
wissen, man erstrebt einen beide Teile betriebligen  
modus vivendi, Vertrauen zu den wohlwollenden  
Absichten der englischen Politik kann man aber  
auf Grund der gemachten Erfahrungen nicht haben.  
Man verlangt reale, aber keine Gefühlspolitik.

**London, 29. Oktober.** (C. L. C.) „Standard“  
sagt: Wir akzeptieren ohne Einschränkung Seiner  
Majestät Versicherung, daß seine persönlichen Gesühle  
gegen England durchaus freundschaftliche sind, und  
wir betonen die nicht zu bezweifelnde Tatsache, daß  
der Kaiser in England Gegenstand respektvoller Ver-  
wunderung ist. Es gibt keinen zweiten Monarchen  
außerhalb dieser Insel, für den der Engländer so  
hohe Wertschätzung hegt. Seine Verbundenheit zu  
unserem Königshaus, sein ritterlicher Charakter,  
das außergewöhnliche Maß seiner Fähigkeiten und  
seine unerschöpfbare Energie fordern unsere warme  
Anerkennung heraus. Der Kaiser würde unsere tat-  
sächlichen Empfindungen sehr mißverstehen, wenn er  
glauben würde, England meine, er sei ihm unfreund-  
lich oder feindselig gesinnt. Die wahre Schwierigkeit  
des Problems bleibt unberührt, nämlich das ständige  
rasche Anwachsen der deutschen Flotte. An diesem  
Maß gemessen, müßten wir jährlich eine Summe von  
126 Millionen Pfund für Frostenszwecke aufwenden.

## Telegramme.

**Dresden, 29. Oktober.** (C. L. C.) Bei Be-  
ratung von Eisenbahnpetitionen in der Zweiten  
Kammer gab der Finanzminister Dr. v. Müller u. a.  
folgende Erklärungen ab: Das Rechnungsjahr 1906  
habe rund 55 Millionen Mark Ueberschuß und eine  
Verzinsung des Eisenbahnkapitals mit 5,24 Prozent  
gebracht, das Jahr 1907 einen Ueberschuß von